

Auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz (Artikel 1 und 4) vom 17. Dezember 2020 (GVBl. S. 728) und des § 88 der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz (Artikel 1) vom 03. Februar 2021 (GVBl. S. 66) hat der Gemeinderat in der Sitzung am 12.04.2022 folgende Satzung beschlossen.

GEMEINDE LEINSWEILER GESTALTUNGSSATZUNG

Inhaltsverzeichnis

Präambel und Beschreibung des Ortsbildes (Ortsgrundriss und Silhouette).....	3
Aufbau	3
§ 1 Räumlicher Geltungsbereich	4
§ 2 Sachlicher Geltungsbereich	4
§ 3 Anforderungen an Fassaden.....	4
3.1 Abstandsflächen	4
3.2 Wärmedämmung	4
3.3 Fassaden-Material	4
3.4 Fassaden-Farbe.....	5
§ 4 Anforderungen an Dächer	5
4.1 Dachform.....	5
4.2 Dachneigung.....	5
4.3 Material	5
4.4 Farbe.....	5
4.5 Gauben und Dacheinschnitte	5
§ 5 Anforderungen an Einfriedungen und Abgrenzungen	5
5.1 Art der Einfriedungen	5
5.2 Tore, Torhäuser, Garagen- und Hoftore.....	6
§ 6 Werbeanlagen	6
6.1 Anbringung der Werbeanlagen	6
6.2 Gestaltung der Werbeanlagen	6
6.3 Genehmigungspflicht der Werbeanlagen	6
§ 7 Außenanlagen.....	6
Gestaltung der Grundstücksflächen.....	6
§ 8 Verkaufs- und Spielautomaten.....	6
§ 9 Sonderanlagen.....	6
9.1 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie	6
§ 10 Abweichungen	7
§ 11 Ordnungswidrigkeiten	7
§ 12 Inkrafttreten	7
Anlage 1.....	7

PRÄAMBEL

Das typische, historisch entstandene Ortsbild der Ortsgemeinde Leinsweiler ist in seinen Grundzügen aufgrund der unverwechselbaren, baulichen und gestalterischen Merkmale erhaltenswert und soll aus diesem Grund geschützt und entwickelt werden.

Dabei tragen die Elemente, wie die organisch gewachsene Struktur der Straßen- und Platzräume, die Stellung der baulichen Anlagen, die Proportionen, die Dachlandschaft und die Fassadengestaltung zum unverkennbaren Ortsbild von Leinsweiler bei.

Um das historische Ortsbild weiterhin zu erhalten und zu entwickeln, müssen sich Neubauten und bauliche Veränderungen, insbesondere hinsichtlich der Gebäude- und Dachform, Größe und Proportionen, Ausbildung der Wandflächen einschließlich Reliefbildung, Öffnungen und Gliederung sowie Konstruktionsbild, Material, Oberflächenwirkung und Farbe in das Straßen- und Ortsbild einfügen, ohne dass die gestalterische Individualität verloren geht.

Bauteile von denkmalpflegerischer, wissenschaftlicher, künstlerischer, handwerklicher oder heimatgeschichtlicher Bedeutung, wie insbesondere gestaltete Gebäudefronten (Fassaden mit Sandsteinarbeiten, Fachwerkteile, Stufen und Außentreppen, Türrahmen, Torbögen, Türblätter und Tore), Erker, Gauben, Gewände, Konsolen und Gesimse, Wappen und Schlusssteine, Inschriften und ähnliches sollen an Ort und Stelle sichtbar belassen und instandgehalten werden.

BESCHREIBUNG DES ORTSBILDES (ORTSGRUNDRISS UND SILHOUETTE)

Leinsweiler liegt am Haardtrand des Pfälzer Waldes im Tal des Birnbach. Hufeisenförmig zieht sich die Weinstraße durch den Ort, von dort geht die Trifelsstraße parallel zum Dorfbach nach Westen, und die Hauptstraße nach Osten. Der Ortskern ist bestimmt durch fränkische Gehöfte mit giebel- und traufständigem Wohngebäude und teilweise noch das Ortsbild beherrschenden Scheunenreihen.

Der Ortskern ist ein Denkmalensemble mit zahlreichen Einzeldenkmälern. Die Bausubstanz stammt im Wesentlichen in den Grundzügen aus der Spätgotik, der Renaissance, dem Barock und dem Spätbarock, der sich in Fachwerk-, Putz- und Natursteinfassaden ausdrücken. Prägend auch die rote Dacheindeckung. Eine Einbindung der Ortsränder durch die rückwärtig gelegenen Nutzgärten, die Weinberge und die Topografie schaffen den harmonischen Übergang von bebauter Ortslage zur freien Landschaft. Blickbeziehungen ergeben sich auf das Rathaus, die Dorfkirche, in der Weinstraße durch die Führung im Birnbachtal, sowie von den Ortseinfahrten auf die Ortslage.

AUFBAU

§ 1 definiert den räumlichen Geltungsbereich. § 2 beschreibt, für welche Vorhaben und Maßnahmen die Satzung Anwendung findet.

Es folgen die §§ 3 bis 9 mit Vorschriften zur Gestaltung von baulichen Anlagen, Einfriedungen, Werbeanlagen, Außenanlagen, Verkaufs- und Spielautomaten sowie Sonderanlagen.

Die §§ 10 und 11 geben Auskunft über Möglichkeiten, von den Festsetzungen dieser Satzung abzuweichen und welche Folgen ein Zuwiderhandeln entgegen örtlicher Bauvorschriften nach sich zieht.

§ 1 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Die Gestaltungssatzung bezieht sich auf die bebaute Ortslage der Gemeinde Leinsweiler, die in dem im Anhang beigefügten Katasterplan (Anlage Nr. 1) dargestellt ist. Der Plan ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2 SACHLICHER GELTUNGSBEREICH

Die Satzung ist anzuwenden bei allen äußeren Veränderungen bestehender baulicher Anlagen, Neubauten, Einfriedungen, Werbeanlagen, Außenanlagen, Verkaufs- und Spielautomaten sowie bei Sonderanlagen.

Die Satzung ist vom im öffentlichen Raum, von öffentlichen Straßen, Plätzen und Fußwegen aus, auf das Ortsbild wirkende und einsehbare Bereiche, gültig.

Bei Bau- und Kulturdenkmälern (Rathaus, Kirche) bzw. der näheren Umgebung sowie im Denkmalensemble, bleiben weitergehende Anforderungen des Denkmalschutzes unberührt. Maßnahmen in direkter Umgebung der Denkmäler sind der Unteren Denkmalschutzbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

§ 3 ANFORDERUNGEN AN FASSADEN

3.1 Abstandsflächen

Zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung des historischen Orts- und Straßenbildes kann im Einzelfall gestattet bzw. gefordert werden, dass die Abstandsflächen des § 8 LBauO RLP unterschritten werden, jedoch höchstens bis zu dem Wert, der sich aus den bestehenden oder im Fall des Abbruchs aus dem zuvor gegebenen Zustand bestimmt.

3.2 Wärmedämmung

Nachträgliche Wärmedämmung auf der Fassade ist zulässig, wenn die bestehenden Gestaltungselemente (wie z. B. Gesimse, Gewände, Schmuckelemente etc.) und Proportionen erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden.

3.3 Fassaden-Material

Zulässig sind Fassaden aus Putz (glatter oder schwach strukturierter Putz), Naturstein, (roter Sandstein, gelber Sandstein), Backstein, Holz und echtem Holzfachwerk. Fassadenelemente aus Metallblech und Metallverkleidungen sind mit Ausnahme von Dachrinnen, Dachgauben, Traufblech und Fallrohren (in Zink und Kupfer) unzulässig.

3.4 Fassaden-Farbe

Verputzte Fassaden sind in Pastelltönen und gedeckten Farben zu halten. Reine Bunttöne und reines Weiß (RAL 9003) als Farben und Farben mit glänzenden Oberflächen sind unzulässig. Die Farbwahl der Nebengebäude muss mit dem Farbkanon der Gestalt des Hauptgebäudes korrespondieren.

§ 4 ANFORDERUNGEN AN DÄCHER

4.1 Dachform

Es sind nur die ortstypischen Dachformen: symmetrisches Satteldach, Krüppelwalmdach, Walmdach und Mansarddach zulässig. Bei Nebenanlagen sind zusätzlich Pultdächer zulässig.

4.2 Dachneigung

Bei symmetrischen Satteldächern und Krüppelwalmdächern ist eine Dachneigung von 35° bis 50° zulässig. Bei Pultdächern ist eine Dachneigung von mindestens 20° zulässig.

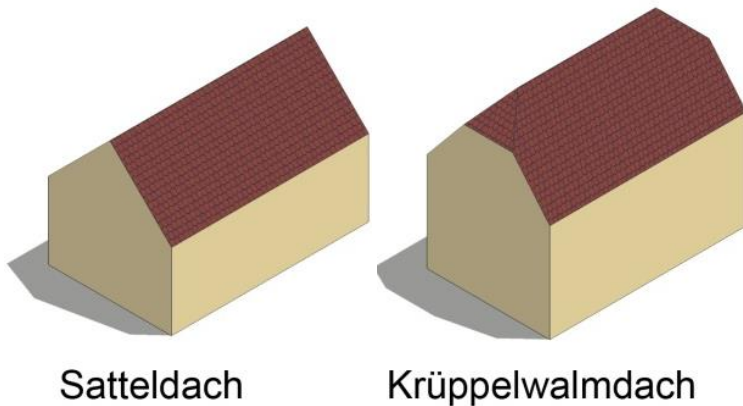


Abbildung: Zulässige Dachformen

4.3 Material

Eine Dacheindeckung ist nur mit unglasierten Tonziegeln, Betondachsteinen und Biberschwanzeindeckungen zulässig.

4.4 Farbe

Es sind nur naturrote bis rotbraune Dacheindeckungen zulässig. Die Dächer von Haupt- und Nebengebäuden sind in Farbe und Material aufeinander abzustimmen.

4.5 Gauben und Dacheinschnitte

Der Abstand vom Ortsgang muss mindestens 1,0 m betragen. Weiterhin ist nur eine Gaubenform pro Dachseite zulässig. Dachterrassen sind ausnahmsweise im rückwärtigen Bereich (nicht straßenseitig) zulässig. Im von der Straße einsehbaren Bereich ist die Dachform nach 4.1 einzuhalten.

§ 5 Anforderungen an Einfriedungen und Abgrenzungen

5.1 Art der Einfriedungen

Einfriedungen sind ortstypisch auszuführen und müssen sich der Umgebung anpassen. Vor

Erstellung der Einfriedung ist die Genehmigung (formloser Antrag mit Skizze) der Ortsgemeinde einzuholen.

5.2 Tore, Torhäuser, Garagen- und Hoftore

Tore, Torhäuser, Garagen- und Hoftore sind ortstypisch, der Umgebung angepasst auszuführen. Vor Ausführung ist die Genehmigung (formloser Antrag mit Skizze) der Ortsgemeinde einzuholen.

§ 6 WERBEANLAGEN

6.1 Anbringung der Werbeanlagen

Werbeanlagen sind so zu gestalten, dass sie sich nach Umfang, Anordnung und Gestaltung dem Bauwerk eindeutig unterordnen. Sie dürfen Gesimse und Gliederungen der Fassade sowie historische Bauteile, Zeichen und Inschriften nicht verdecken.

6.2 Gestaltung der Werbeanlagen

Eine bandartige Werbung auf der Fassade ist nur mit Einzelbuchstaben zulässig. Selbstleuchtende Werbung mit bewegtem, laufendem, blendendem oder blinkendem Licht oder Bildern ist nicht zulässig.

6.3 Genehmigungspflicht der Werbeanlagen

Die Erstellung einer Werbeanlage unter 1 m² ist durch die Ortsgemeinde zu genehmigen. Die Einreichung eines formlosen Antrags mit Skizze (Bild) ist ausreichend.

§ 7 AUßENANLAGEN

Gestaltung der Grundstücksflächen

Nicht überbaubare, nicht überbaute und unbefestigte Grundstücksflächen sind als Vegetationsflächen (z. B. Rasen, Gräser, Stauden, Kletterpflanzen, Gehölze) anzulegen. Die Gestaltung dieser Flächen mit Schotter, Kies, Glasschotter und ähnlichen Materialien ist nur bis zu 30 % zulässig.

§ 8 VERKAUFS- UND SPIELAUTOMATEN

Verkaufs- und Spielautomaten müssen sich in die Umgebung einfügen und bedürfen einer Genehmigung durch die Ortsgemeinde. Der Antrag kann formlos, mit einer Skizze oder Bild, gestellt werden.

§ 9 SONDERANLAGEN

9.1 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie

Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sollen sich der Umgebung anpassen (z.B. keine Zaunanlagen aus Solarpanelen), vor der Ausführung ist die Genehmigung der Ortsgemeinde einzuholen.

§ 10 ABWEICHUNGEN

Von den rechtsverbindlichen Festsetzungen dieser Satzung kann gemäß § 69 LBauO RLP eine Abweichung gewährt werden, wenn die Durchführung im Einzelfall zu einer besonderen Härte führe und mit nachbarlichen sowie öffentlichen Interessen vereinbar ist.

§ 11 ORDNUNGSWIDRIGKEITEN

Zuwiderhandlungen, vorsätzlich oder fahrlässig, gegen die örtlichen Bauvorschriften werden als Ordnungswidrigkeiten mit Bußgeld bewehrt und unterliegen gemäß § 89 LBauO RLP der Ahndung.

§ 12 INKRAFTTRETEN

Diese Satzung tritt gem. § 24 Abs. 3 Satz 3 GemO am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Leinsweiler, den 12.04.2022

Thomas Stübinger

Ortsbürgermeister

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz oder aufgrund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Landau in der Pfalz, den 13.05.2022

Verbandsgemeindeverwaltung Landau-Land

Torsten Blank

Bürgermeister

Anlage 1

Geltungsbereich: Gesamter Innenbereich